

Der Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung der Arbeitsweise und der Struktur, die Ausarbeitung der Ökonomik der Industriezweige, die Beseitigung des Rundschreiben- und Berichtsunwesens, der Doppelgleisigkeit und der Überschneidungen in der Arbeit und dergleichen, müssen ein ständiger Bestandteil der Parteiarbeit werden.

In welcher Weise bürokratische Arbeitsmethoden und bloßes Administrieren die Entwicklung behindern und die Initiative der Bevölkerung hemmen, möchte ich wiederum mit einigen Beispielen beweisen.

Obwohl im Ministerium für Leichtindustrie ständig die Notwendigkeit der Gewährung höherer Rechte an die Betriebsleiter, die Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Betrieben und den örtlichen Staatsorganen betont wurde, nahm man die Umstellung der Produktion des VEB Bekleidungswerke Eichsfeld ohne Rücksprache mit der Betriebsleitung, ohne Beratung mit den Betriebsangehörigen und den örtlichen Staatsorganen vor.

Die mangelhafte Zusammenarbeit der Mitarbeiter des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau mit den Arbeitern der ihnen unterstellten Betriebe zeigt ein Fall aus dem VEB Waggonbau Dessau. Dort gab es im Produktionsablauf Schwierigkeiten. Die Arbeiter kritisierten mit Recht eine Reihe von Mißständen. So sind u. a die Warte- und Stillstandszeiten sehr hoch, gleichzeitig aber ebenfalls die geleisteten Überstunden. Obwohl der Hauptverwaltungsleiter, Genosse Szymanek, mehrmals im Betrieb war, wurden diese Fragen nicht behandelt. Es wurde festgestellt, daß der Hauptverwaltungsleiter über diese Mißstände nicht informiert war.

Einige Mitarbeiter des Ministeriums für Aufbau haben die Praxis, in den Betrieben nur Stippvisiten durchzuführen und ihre Tätigkeit in den Betrieben auf kurze Aussprachen mit leitenden Funktionären zu beschränken. So fuhr zum Beispiel ein Hauptreferent von der Hauptverwaltung Zement und Bauelemente für zwei Tage in die Republik. Von diesen zwei Tagen hielt er sich lediglich zwei Stunden in einem Betrieb zur Durchführung eines Gesprächs mit einem leitenden Funktionär auf und fuhr, ohne mit einem Arbeiter gesprochen zu haben, wieder zurück in das Ministerium.

Bei der Einführung der 45-Stunden-Woche hat die Hauptabteilung Örtliche volkseigene Industrie im Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft lediglich mit den Abteilungsleitern für örtliche Industrie der Räte der Bezirke Konsultationen durchgeführt. Anstatt selbst Beispiele zu schaffen und zu verallgemeinern und die Abteilungen der Räte der Bezirke und Kreise zu unterstützen, wurde die Initiative im wesentlichen den Betrieben und örtlichen Organen überlassen. Obwohl die Parteileitung dem Hauptabteilungsleiter Hinweise gab, diese Maßnahmen politisch richtig durchzuführen und zu lenken, wurde in der erwähnten Weise verfahren. Leider hat auch die Parteiorganisation diese Fehler zugelassen.

Ein Beispiel schlechter Leitungstätigkeit und ungenügender Verantwortung gab Genosse Löhn, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, als er am 18. Juni 1957 eine Konsultation mit Leitern der Abteilung Arbeit und Hauptbuchhaltern der Fachministerien über die anzuwendenden Prinzipien bei der Prämienverordnung durchführte. Er bereitete sich nicht genügend vor, gab seinen Mitarbeitern erst kurz vorher von